



EM-Stadion in Kiew, Merkel

EAST NEWS / IMAGO (L); WAWA RTH / DAPD (R)

FUSSBALL-EM

Merkel will EU-weiten Boykott der Ukraine

Angela Merkel erhöht den Druck auf Kiew: Die Bundeskanzlerin wirbt in der EU dafür, dass alle Staats- und Regierungschefs die Fußball-EM in der Ukraine boykottieren, falls die Regierung die inhaftierte Oppositionsführerin Julija Timoschenko nicht freilasse. Die EU-Kommission hat bereits in der vergangenen Woche erklärt, dass alle 27 EU-Kommissare nicht zur EM in die Ukraine reisen werden, falls Timoschenko in Haft bleibe. Bundespräsident Joachim Gauck und andere Staatschefs hatten ein für Mitte Mai geplantes Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch auf der Krim abgesagt. Merkel hat bereits signalisiert, dass sie möglicherweise nicht in die Ukraine reisen werde. Im Kanzleramt setzt man aber darauf, dass eine EU-weite Boykottandrohung

eine größere Wirkung entfaltet als der Alleingang einiger Länder. In Polen, dem Land, das die EM zusammen mit der Ukraine ausrichtet, sieht man die deutschen Bemühungen kritisch. Der polnische Präsident Bronislaw Komorowski hatte Gauck bei dessen Antrittsbesuch Ende März gebeten, das Treffen mit Janukowitsch wahrzunehmen. Man müsse mit der Ukraine im Dialog bleiben. Der polnische Premierminister Donald Tusk hat Merkel ebenfalls mitgeteilt, dass er einen politischen Boykott der EM ablehne. Die Bundesregierung verhandelt mit der ukrainischen Seite über eine mögliche Behandlung Timoschenkos in Deutschland, diese leidet unter chronischen Rückenschmerzen und befindet sich seit mehr als zwei Wochen im Hungerstreik.

FDP

Rösler soll gehen

Führende FDP-Politiker arbeiten auf einen Sturz von Parteichef Philipp Rösler hin. Rösler habe nicht das Format, die Liberalen in die bevorstehende Bundestagswahl zu führen, sagt ein Mitglied der Parteispitze. Daher müsse er noch in diesem Jahr als Vorsitzender abgelöst werden, selbst wenn die FDP bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen erfolgreich abschneiden sollte. Beim jüngsten ARD-Deutschlandtrend waren nur noch 16 Prozent der Befragten mit Röslers Arbeit zufrieden, es

war der niedrigste für ihn je gemessene Wert. Zu denen, die Rösler stürzen wollen, zählen Minister, Landesvorsitzende und Präsidiumsmitglieder. Nach ihrem Willen soll Fraktionschef Rainer



Rösler

Brüderle den Parteivorsitz übernehmen. Die Führer des Aufstands gegen Rösler kommen aus der sogenannten Südschiene der FDP, zu der unter anderem Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zählen. Weil in diesem Jahr kein Parteitag mehr ansteht, haben die Rösler-Kritiker Szenarien für seinen Sturz entwickelt: Die Bundestagsfraktion, der Rösler nicht angehört, könnte auf einer Klausurtagung im Herbst den Druck auf den Parteichef so erhöhen, dass der aus dem Amt scheiden müsse. „Es ist keine einfache Operation, aber eine notwendige“, sagt ein Mitglied der Fraktionsführung. „Bei der nächsten Bundestagswahl geht es um die Existenz der FDP.“